

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Inge Aures, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Annette Karl** und Fraktion (SPD)

**Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die im Entwurf eines „Gesetzes zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ der Bundesregierung vorgesehenen Kürzungen entschieden ab.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Rücknahme dieser Kürzungen sowie die Beibehaltung und den Ausbau einer aktiven Arbeitsmarktpolitik einzusetzen.

Dazu gehören insbesondere folgende Schwerpunkte:

- Ausreichende personelle Ausstattung der Jobcenter;
- Erhaltung der Rechtsansprüche von Arbeitssuchenden auf Förderung von Bildung und Weiterbildung;
- Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung mit dem Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt;
- Das Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses und einer beruflichen Ausbildung;
- Das Programm „Perspektive 50Plus“ wird fortgesetzt und die Programme „Perspektive MigraPlus“ sowie „GesundheitPlus“ zur speziellen Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund oder gesundheitlichen Einschränkungen werden neu aufgelegt;
- Öffentlich geförderte Beschäftigung und Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber müssen auf Grundlage von Tarifverträgen erfolgen;
- Die Vergaberichtlinien der Bundesagentur für Arbeit werden mit dem Ziel überprüft die von der Agentur finanzierten Maßnahmen qualitativ abzusichern. Nur Qualität sorgt für Nachhaltigkeit.

### Begründung:

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist gespalten: 1,1 Mio. Menschen sind seit mehr als zwei Jahren im Leistungsbezug, knapp die Hälfte seit Einführung des Arbeitslosengeldes II im Jahr 2005. Gleichzeitig haben wir gut ausgebildete Fachkräfte, die sehr gefragt sind. Eine Strategie der Vollbeschäftigung heißt auch, diese Spaltung des Arbeitsmarkts nicht hinzunehmen. Das Ziel des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfs für ein „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ widerspricht einem solidarischen Verständnis einer tragfähigen Vollbeschäftigungsstrategie. Das Ziel der Reform der schwarz-gelben Bundesregierung ist auf kurzfristige Spareffekte bei jenen Menschen ausgerichtet, die mehr Unterstützung statt weniger benötigen: Die Rechtsansprüche von Arbeitssuchenden etwa beim Existenzgründungszuschuss sollen zurückgefahren und die finanzielle Basis der Bundesagentur für Arbeit durchlöchert werden; öffentlich geförderte Beschäftigung soll drastisch zurückgefahren und ein sozialer Arbeitsmarkt verhindert werden; es soll keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr geben; die Fördermöglichkeiten für einzelne Gruppen schwerbehinderter Menschen sollen verschlechtert werden; der Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer und der Ausbildungsbonus sollen gestrichen werden; die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer soll gestrichen werden. Wir brauchen stattdessen eine Reform des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums, die diesen Namen auch verdient.